

Antrag

an die 44. Landesversammlung am 5./6. Dezember 2014 in Dresden

AntragsstellerIn: Landesvorstand

Gegenstand: Sachsens Chancen für wirksamen Klimaschutz
und Strukturwandel nutzen

1 Antragstext

2 **Neue Kurssetzung bei Vattenfall: Chancen nach der schwedischen**
3 **Reichstagswahl**

4 Nach den Parlamentswahlen in Schweden soll der staatliche
5 Energiekonzern Vattenfall ökologischer ausgerichtet werden. Diese
6 erfordert auch von uns Sachsen, dass wir unsere Energiepolitik
7 aktualisieren und konkretisieren. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen
8 sehen in der möglichen Neuausrichtung eine Chance für Sachsen und für
9 Vattenfall, die entschlossen genutzt werden sollte. Vattenfall als
10 großes, internationales Energieunternehmen kann damit zu einem Partner
11 der Energiewende in Deutschland werden. Besonders in Sachsen, wo unter
12 der schwarz-gelben Koalition großer Rückstand beim Ausbau Erneuerbarer
13 Energien und beim Vorantreiben der Energiewende entstanden ist, können
14 sich für das Unternehmen, die Region und die Menschen neue Chancen
15 eröffnen. Sachsen könnte gemeinsam mit Vattenfall einen Strukturwandel
16 in der Lausitz einleiten und bestehende Arbeitsplätze erhalten und
17 neue schaffen. In Dänemark und Schweden gehört Vattenfall nach eigenen
18 Angaben zu den „führenden Entwicklern und Betreibern von
19 Windenergieanlagen“. Wie bereits mit dem Windpark Jänschwalde in der
20 brandenburgischen Lausitz im Jahr 2004 begonnen, muss auch in Sachsen
21 ein „ökologische Nachnutzung ehemaliger Tagebauflächen“ entstehen.

22 Denn eines der Nachhaltigkeitsziele Vattenfalls ist „das Wachstum
23 erneuerbarer Energiequellen über dem Branchendurchschnitt

24 voranzutreiben". In den nächsten fünf Jahren will der Konzern 1,2
25 Milliarden Euro in Europa im Bereich Windenergie investieren. Zu
26 seinem Kerngeschäft gehören aber auch die Wasserkraft und die
27 Biomasse.

28 Um seiner Verantwortung gerecht zu werden sollte sich Vattenfall auch
29 dem Geschäftsfeld Braunkohlesanierung zuwenden. Gemeinsam mit
30 öffentlichen Trägern also mit Eigen- und Fremdmitteln können hier
31 bestehende Arbeitsplätze über Jahrzehnte gesichert werden. Ein
32 Großteil der Sanierungskosten muss aber Vattenfall nach dem
33 Verursacherprinzip zugerechnet werden, denn die komplette Sanierung
34 darf nicht aus Steuermitteln finanziert werden. Dass man hier
35 Arbeitsplätze schaffen kann, zeigen die Investitionen aus vergangenen
36 Jahren: Von 1990 bis 2009 wurden in der Braunkohlesanierung 8,8
37 Milliarden Euro an Bundes- und Landesmitteln investiert (Quelle: LMBV,
38 2010).

39 Die Bruttoanzahl der Beschäftigten in den erneuerbaren Energien lag
40 2013 in Sachsen bei rund 9 je 1000 Beschäftigte, in Brandenburg
41 dagegen bei rund 19 und in Sachsen-Anhalt bei rund 27. Tausende
42 zukunftsfähige Arbeitsplätze in Sachsen wurden hier bislang bewusst
43 nicht geschaffen! Sie könnten nun entstehen, wenn durch Einstieg in
44 den Kohleausstieg der Weg für die sächsische Energiewende frei gemacht
45 würde.

46 **Risiken eines möglichen Verkaufs der Braunkohlesparte durch Vattenfall**

47 Während Vattenfall bereits in den letzten Jahren über Beendigung des
48 Engagements im Braunkohlengeschäft nachgedacht hatte, trieb das
49 Unternehmen in Abstimmung mit der Staatsregierung die rechtlichen
50 Voraussetzungen für Tagebauerweiterungen voran, auch um den
51 Unternehmenswert für Verkaufsszenarien zu steigern. Obwohl der
52 schwarz-gelbe Braunkohlenplan für den Tagebau Nochten vor Gericht
53 beklagt wird, reichte Vattenfall am 27. Oktober 2014 auf Basis dieses
54 Braunkohlenplanes bei der sächsischen Bergbehörde den
55 Rahmenbetriebsplan für das Abbaugebiet Nochten 2 zur Genehmigung ein.
56 Das geschah bezeichnenderweise wenige Tage nachdem SPD und CDU in
57 Sachsen in ihrem Koalitionsvertrag die Abbaggerung weitere Dörfer
58 ausdrücklich befürwortet hatten.

59 Damit ist klar: ein Rückzug von Vattenfall aus der Lausitz beendet aus
60 Sicht der schwarz-roten Regierungskoalition das Thema Braunkohleabbau
61 keineswegs. Vielmehr strebt die Staatsregierung eine „Lösung“ an, bei
62 der die Ausbeutung der Lausitzer Kohlelagerstätten, die Erzeugung von
63 Braunkohlestrom überwiegend für den Stromexport und die Abbaggerung
64 weiterer Dörfer ohne Enddatum fortgesetzt wird. Ganz im Gegensatz zu

65 den aus Schweden geäußerten Intentionen wäre damit weder dem
66 Klimaschutz noch den von Umsiedlung betroffenen Menschen geholfen. Mit
67 dem Verkauf der Braunkohlesparte an einen anderen Konzern oder
68 Finanzinvestor könnte sogar eine Ausweitung des Braunkohlengeschäftes
69 einhergehen. Auch für die Beschäftigten von Vattenfall sowie für viele
70 bisherige Empfänger von Leistungen des Konzerns in der Lausitz wäre
71 der Verkauf mit großen Unsicherheiten verbunden.

72 Die Hoffnung der sächsischen Staatsregierung auf einen Verkauf der
73 Braunkohlesparte an Dritte stößt jedoch auf Hindernisse: angesichts
74 unklarer Geschäftsperspektiven bei der Braunkohleverstromung und
75 unkalkulierbarer Risiken durch Bergbaufolgen dürfte sich für
76 Vattenfall die Suche nach zahlungswilligen Käufern schwierig
77 gestalten. Wir wenden uns entschieden dagegen, einen solchen
78 Verkaufsprozess durch irgendwelche Zusicherungen durch den Freistaat
79 Sachsen zu befördern, mit denen uns und unseren Kindern Risiken
80 aufgebürdet würden!

81 **Schwarz-Rot handelt unverantwortlich gegenüber Mensch und Umwelt**

82 Ein schrittweises Auslaufen der klimaschädlichen Braunkohlenförderung
83 befindet sich sowohl im Einklang mit den Empfehlungen des
84 Sachverständigenrates für Umweltfragen der Bundesregierung (SRU) als
85 auch des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW). Danach
86 werden die Auslastung der Kohlekraftwerke und die Jahresförderung der
87 Tagebaue schrittweise sinken. Zugleich würden wir mit einem
88 schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung unseren Beitrag zum
89 neuen internationalen Klimaschutzabkommen leisten. So müssen zwei
90 Drittel der weltweiten fossilen Energievorräte unter der Erde bleiben,
91 um zu verhindern, dass sich die Erde um mehr als 2 Grad Celsius
92 erwärmt.

93 Der schwarz-rote Koalitionsvertrag weist jedoch in die komplett
94 entgegengesetzte Richtung. Während andere Industrieländer beschleunigt
95 aus der Kohle aussteigen und selbst die schwarz-rote Bundesregierung
96 denkt öffentlich über eine Abschaltung der immensen
97 Kohlekraftwerksüberkapazitäten nachdenkt, klammern sich CDU und SPD in
98 Sachsen an ihre Planungen von Tagebauerweiterungen und weiteren
99 Umsiedlungen.

100 Wirksame Klimaschutzziele in Sachsen sind zwingend an die verbindliche
101 Festlegung eines Kohleausstiegspfad gebunden. Folgerichtig
102 verweigern CDU und SPD in Sachsen jede ernsthafte Diskussion über
103 Klimaschutzziele. Das ist unverantwortlich!

104 **Schrittweisen, sozialverträglichen Kohleausstieg in der Lausitz als**

105 **Ziel setzen und Strukturwandel aktiv gestalten**

106 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen sehen ähnlich wie der grüne,
107 schwedische Regierungspartner Vattenfall in der Pflicht, aufgrund der
108 über Jahrzehnte empfangenen indirekten Subventionen und seinen
109 Milliardenereinnahmen aus der Braunkohle in Sachsen den schrittweisen,
110 sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohle selbst in die Hand zu
111 nehmen. Der Konzern hat die Verantwortung, sich selbst um die
112 Beseitigung der Bergbaufolgen zu kümmern. Auf diesem Weg ist
113 Vattenfall willkommen, den Umstieg auf erneuerbare Energien in Sachsen
114 mitzugestalten. So kann die Lausitz Energieregion bleiben und trotzdem
115 ihre einseitige Abhängigkeit von der Kohle Schritt für Schritt
116 reduzieren.

117 Eine verantwortungsvolle sächsische Energiepolitik muss Vattenfall
118 beim Umsteuern unterstützen. Ziel muss es sein, den schwedischen
119 Staatskonzern als Akteur beim notwendigen Umbau der Energiebranche in
120 der Lausitz zu halten, anstatt wie bisher der Region durch das
121 Festhalten an überkommenen Strukturen die Entwicklungschancen zu
122 verbauen. In den bereits aufgeschlossenen Tagebauen steht ausreichend
123 Braunkohle für den Auslaufbetrieb der existierenden Kraftwerksblöcke
124 in einem schrittweisen Ausstiegsprozess zur Verfügung.

125 Die Grundsatzentscheidung zum Einstieg in den Kohleausstieg muss in
126 Sachsen getroffen werden. Diese Verantwortung können der
127 Staatsregierung keine ausländische Regierung und kein hier tätiger
128 Konzern abnehmen. Das heißt: Keine neuen Tagebaue, keine neuen
129 Kraftwerksblöcke, die alten schrittweise vom Netz. Die Grundlage für
130 einen erfolgreichen Strukturwandel in der Lausitz ist diese
131 Grundsatzentscheidung. Denn wenn ein Industriezweig wie die Braunkohle
132 so stark dominiert, können sich notwendige Alternativen schlecht
133 entwickeln.

134 Wir werden unter Moderation durch den Landesvorstand die
135 Weiterentwicklung vorhandener Positionspapiere zu einem grünen Konzept
136 für die heutigen Braunkohlenreviere mit Schwerpunktsetzung in der
137 Lausitz vorantreiben. Die Chancen dieser Regionen, im Zuge eines
138 geregelten, sozialverträglichen Kohleausstiegs Beschäftigung und
139 wirtschaftliche Teilhabe für die Menschen zu schaffen, müssen konkret
140 werden. Wir werden grüne Vorschläge erarbeiten für eine nachhaltige
141 Zukunft der Lausitz als Energieregion. Wir werden unsere Ideen
142 einbringen unter anderem zur Stärkung der überwiegend kleinen und
143 mittelständischen Wirtschaft, zu Bildung und Mobilität, zu Tourismus
144 und Kultur.

145 **Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen folgt daraus:**

146 1. Wir lehnen einen Verkauf zum Zwecke der Fortführung durch Dritte
147 ab. Sollte Vattenfall sich zum Verkauf seiner Braunkohlensparte oder
148 einzelner Teile davon entschließen, so fordern wir von der
149 Staatsregierung: Keinerlei Übernahme von Risiken, Bürgschaften oder
150 Haftungen durch den Freistaat Sachsen. In Anbetracht der zusätzlichen
151 Risiken nach einem Betreiberwechsel müssen im Gegenteil alle
152 bestehenden bergrechtlichen Möglichkeiten genutzt werden, um von einem
153 eventuellen neuen Betreiber vollumfängliche Sicherheitsleistungen für
154 die Beseitigung von Bergbaufolgen einzufordern. Ein neuer Betreiber
155 ist selbstverständlich auch allein verantwortlich, dass Verträge und
156 Versorgungszusagen Vattenfalls für Mitarbeiter und Region eingehalten
157 werden.

158 2. Jede Beteiligung des Freistaates Sachsen an einer
159 Betreibergesellschaft ist für uns undenkbar, solange die
160 Staatsregierung selbst einen rücksichtslosen Kurs zur zeitlich und
161 räumlich unbegrenzten Fortführung des Kohlestromexport-
162 Geschäftsmodells fährt. Auch nach einem rechtssicheren
163 Kohleausstiegsplan gilt: äußerste Vorsicht bei etwaigen staatlichen
164 Engagements zur Abwicklung des Ausstiegs! Angesichts der ökonomischen
165 Perspektiven der Braunkohleverstromung und der Unkalkulierbarkeit von
166 Ewigkeitskosten droht ein wirtschaftliches Desaster.

167 3. Wir GRÜNE fordern die Staatsregierung zur Aufnahme von Gesprächen
168 mit der schwedischen Regierung mit dem Ziel auf, einen
169 Ausstiegsfahrplan aus der Kohleverstromung in der Lausitz und im
170 Kraftwerk Lippendorf gemeinsam mit Vattenfall auszuarbeiten. Nur klare
171 Aussagen zum Laufzeitende der einzelnen Kraftwerksblöcke schaffen
172 Planungssicherheit für alle Beteiligten!

173 4. Wir GRÜNE fordern den raschen und verbindlichen Einstieg in die
174 Verringerung der Kohleverstromungskapazität in Sachsen als Beitrag zur
175 entschlossenen Senkung des hohen sächsischen CO₂-pro-Kopf-Ausstoßes.

176 5. Die Lausitz braucht staatliche Unterstützung für den dringend
177 notwendigen Strukturwandel und die Diskussion der
178 Mitwirkungsmöglichkeiten von Vattenfall.

179 6. Keine weiteren Umsiedlungen für die Braunkohle! Stopp aller
180 landesplanerischen und bergrechtlichen Aktivitäten zur Genehmigung der
181 Ausweitung der existierenden Tagebaue.

182 7. Wir GRÜNE fordern, über den Bundesrat einen bundesweiten
183 Kohleausstiegsplan zu forcieren sowie Bergrechtsänderungen zu
184 unterstützen, mit denen neue Tagebaue ausgeschlossen werden sowie
185 Beweislastumkehr bei Bergschäden eingeführt wird.

Begründung

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen haben im November 2013 einen Beschluss zur Energie- und Braunkohlepolitik in Sachsen gefasst. Dieser war Basis bei der Programmarbeit, im Wahlkampf und bei den Sondierungsgesprächen mit der CDU. Dieser Beschluss bildet noch immer die bestehende Realität bei Kohlestrategie und dem zu langsamen Energiewendefortschritt im Freistaat Sachsen ab.

In Folge der Landtagswahlen in Sachsen und der Reichstagswahlen in Schweden gibt es nun neue Voraussetzungen. Diese erfordert auch von uns, dass wir unsere Politik aktualisieren und konkreter werden.

Nach der Reichstagswahl vom 14.09.2014 erfolgte in Schweden ein Regierungswechsel hin zu einer rot-grünen Minderheitsregierung. Schon unter der konservativen Vorgängerregierung waren Pläne des staatseigenen Konzerns Vattenfall bekanntgeworden, die Braunkohlesparte teilweise oder ganz zu veräußern. Grund dafür ist ein klimaschutzgerechtes Ziel-Portfolio des Konzerns mit der Ausrichtung auf 100 Prozent erneuerbare Energien. Ein zweiter Grund ist, dass Vattenfall seine zukünftigen Erträge in der Braunkohlesparte zunehmend kritisch beurteilt. Der Konzern betreibt in Sachsen die Braunkohlekraftwerke in Boxberg und in Lippendorf sowie den Bergbau in den Lausitzer Braunkohlentagebauen und ist damit als wichtiger Arbeitgeber und Energieerzeuger tätig.

Die schwedischen Grünen (Miljöpartiet de Gröna) haben gefordert, die Tagebau-Erweiterungsvorhaben in der Lausitz, darunter Nochten II, zu stoppen und keine weiteren Dörfer abzubaggern. Sie streben eine geregelte Beendigung des Kohlegeschäftes von Vattenfall in Deutschland durch den Konzern selbst an, denn nur das wäre eine klimaschutzgerechte Lösung. Ihre Regierungspartner, die schwedischen Sozialdemokraten, streben wie weitere Parteien im schwedischen Reichstag eher einen Verkauf der Braunkohlesparte an, um sich von möglichen Problemen bei einem Ausstieg unter Vattenfall-Regie zu lösen.

Nun soll in einem mehrmonatigen Diskussionsprozess in einer Ministergruppe der neuen rot-grünen schwedischen Regierung eine neue Eigentümerdirektive für Vattenfall erarbeitet werden, die den Konzern entschlossen hin zu einer zukunftsfähigen Energieerzeugungsstruktur auf Basis Erneuerbarer Energien umsteuert.

Die angekündigte Neuausrichtung wird unmittelbare Konsequenzen für die Braunkohlesparte von Vattenfall haben. Weil das Unternehmen die Kohleverstromung mit den neuen Vorgaben nicht mehr selbst dauerhaft fortsetzen kann hat dies in Sachsen und Brandenburg umgehend eine kontroverse politische Diskussion ausgelöst.

Beide Partner der neuen schwarz-roten Koalition in Sachsen haben hingegen umgehend klar gemacht, dass sie die Chancen einer Neuausrichtung nicht nutzen wollen. Vielmehr haben sie Vattenfall und die schwedische Regierung unmissverständlich aufgefordert, das Braunkohlegeschäft zur Fortführung an Dritte zu verkaufen, wenn sie es nicht mehr selbst fortführen wollen.

Aufgeschreckt durch die Diskussion zu einer neuen Eignerdirektive aus Stockholm ist auch die Führungsetage von Vattenfall mit einer öffentlichen Bekräftigung ihrer Verkaufsabsichten vorgeprescht. Man will in enger Abstimmung mit den Landesregierungen in Sachsen und Brandenburg rasch Fakten schaffen, die Vorentscheidungen darstellen.

Dieser Antrag entstand unter Mitwirkung und Diskussion von Mitgliedern der Landesarbeitsgemeinschaft Energie.